

„Wie soll die sozialpsychiatrische Versorgung von Morgen aussehen?“

Diese Frage diskutierten über 200 Vertreter*innen von Leistungsträgern, Leistungserbringern und Leistungsberechtigten am 04. Dezember auf Einladung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung und der AG Handlungsplan.



Die Abschlussrunde im Plenarsaal des Landeshauses

Der Fachtag

Der Bedarf einer landesweiten Vernetzung aller Beteiligten der Angebotslandschaft wurde bereits im Psychatriebericht der Landesregierung von 2016 formuliert.

Die Kooperation kommunaler Leistungsträger, Leistungserbringer und weiterer Beteiligter wie Nutzende oder Angehörige ist für die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Versorgungsstruktur essenziell, da durch die Kommunalisierung der psychiatrischen Hilfsangebote die Steuerungsmöglichkeiten des Landes reduziert sind.

Im Rahmen eines landesweiten Treffens der verschiedenen trialogischen Seminare wurden am 30.04.2019 mit ca. 60 Fachkräften und Betroffenen für die Weiterentwicklung relevante Themen herausgearbeitet und in entsprechenden Workshops vertieft bearbeitet.

Die Ergebnisse bilden die Grundlage für den nun zurückliegenden Fachtag.

Der Fokus der Veranstaltung sollte deutlich auf der Vernetzung und dem Austausch von Informationen und Ideen zwischen allen Beteiligten der Sozialpsychiatrie liegen. Um dafür einen geeigneten Rahmen zu schaffen, wurden auf Grundlage der zuvor erhobenen Themen 8 Workshops angeboten, die nach einem Input von Fachkräften und/oder Betroffenen zur gemeinsamen inhaltlichen Vertiefung in zwei Phasen einluden.

In der ersten Phase gab es Raum für intensive Diskussionen und Fragen, deren Ergebnisse jeweils in zwei Kernthesen zusammengefasst werden sollten. Nach einer Mittagspause wurden die Ergebnisse offen präsentiert, so dass alle Teilnehmenden sich über die anderen Gruppen informieren und darüber ins Gespräch kommen konnten.

Die Workshops

1. "Das Regionale Psychriatriebudget im Kreis Steinburg – 17 Jahre Erfahrung mit einem Modellprojekt"

Vorstellung der grundlegenden Ideen und Konzepte des regionalen Psychriatriebudgets im Kreis Steinburg am Modellprojekt.

- Thesen:
1. Es braucht eine Änderung im Denken mit der Leitfrage „Was braucht der Mensch?“
 2. Unbedingte Ausrichtung des Handelns aller Beteiligten an den individuellen Bedarfen und Bedürfnissen der Menschen.

2. Einsatz von Genesungsbegleiter*innen als Bestandteil der psychiatrischen Arbeit

Wie sieht die Mitwirkung von „Expert*innen durch Erfahrung“ im psychiatrischen Arbeitsfeld aus und welche Einsatzmöglichkeiten gibt es?

- Thesen:
1. Verankerung von EX-IN in die regionale und kommunale Versorgungsstruktur.
 2. EX-IN durch Eigeninitiative sichtbar machen. Dazu muss jede mögliche Unterstützung genutzt werden.

3. Gelebte Partizipation mit Hilfe des „Tandem-Prinzips“ – Expertinnen und Experten aus Erfahrung und Profession gestalten Inklusions-Projekte

Vorstellung des konzeptionellen Ansatzes „Tandem-Prinzip“ sowie praktische Erfahrungen.

- Thesen:
1. Finanzierung von Tandem-Arbeit fallunabhängig vereinfachen und ermöglichen.
 2. Tandem-Arbeit muss als allgemeines Prinzip anerkannt sein, für Netzwerkarbeiten und Coaching.

4. Offene Hilfen - So wertvoll und doch bedroht?

Wie wichtig sind offene Hilfen und welche Bedarfe ergeben sich für Ihre Weiterentwicklung? Bericht von Expert*innen in eigener Sache.

- Thesen:
1. Offene Hilfen fördern und ermöglichen selbstbestimmte Teilhabe – Sie wirken!
 2. Offene Hilfen brauchen eine verlässliche Regelfinanzierung, keine freiwillige Finanzierung.

5. Von der Prävention zur Intervention - Unterstützung für Kinder psychisch belasteter Eltern

Wie sieht der Spannungsbogen von präventiver, unterstützender Hilfe bis zur Intervention für Kinder aus, die mit psychisch belasteten Eltern(-teilen) leben?

- Thesen:
1. Netzwerkarbeit strukturell verankern/anerkennen.
 2. Mischfinanzierung für Hilfen aus einer Hand.

6. Wir Frauen wollen teilhaben!

Frauen sind anders psychisch krank als Männer. Wie wirkt sich das aus?
Wie kann eine frauengerechte Sozialpsychiatrie aussehen?

- Thesen:
1. Frauenspezifische Datenerhebung für eine bedarfsgerechte und flächendeckende Finanzierung in SH.

2. Frauenspezifische Angebote und Sichtweisen (auf Augenhöhe) gesamtgesellschaftlich und institutionell verankern (z.B. Wahlfreiheit in Klinik).

7. Im Dschungel der Sozialgesetzbücher - Teilhabe, Pflege, Genesung

Abgrenzung statt Inklusion und Bürokratismus statt passgenauer Hilfen als Folge unübersichtlicher Sozialgesetzbücher? Wie sehen die Rahmenbedingungen der sogenannten Helfer*innen aus?

- Thesen:
1. Niedrigschwellige „Pforten“ ins System (Offene Hilfen, Coaches, EUTB).
 2. Wie & Wer sorgt für die Umsetzung der Leistungsansprüche aus dem BTHG (§§ 14, 15, 106) (Personalmangel/Ressourcen).

8. Neue Wege der Eingliederungshilfe - Sozialraumorientierung, Kooperation zwischen Leistungserbringern und Leistungsträgern

Wie wirkt sich eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Leistungsträgern und Leistungserbringern auf die Leistungen für die Leistungsberechtigten aus? Was war dafür nötig?

- Thesen:
1. Rahmenbedingungen schaffen, die eine gemeinsame Fach- und Finanzverantwortung ermöglichen.
 2. Gelingende Kooperation aller Beteiligten (LB, LE, LT, u.a. auf der Grundlage gemeinsam vereinbarter Zielsetzungen).

Ergebnisse

In der abschließenden Diskussionsrunde mit Vertreterinnen und Vertretern der Politik und aller beteiligten Gruppen ließ sich neben angeregten Diskussionen ein roter Faden erkennen. Neu sei – so Deister (Klinikum Itzehoe) – dass sich alle Anwesenden einig seien und die Ergebnisse in die gleiche Richtung gehen.

Trotz einzelner Streitpunkte wurde deutlich, dass ein grundlegendes Interesse an einem fortgeführten Austausch besteht.

Das Sozialministerium habe verstanden, so Morsch, und habe sich eine stärkere Vernetzung und mehr fachlichen Austausch im Land auf die Fahnen geschrieben. Die konkrete Ausgestaltung läge aber zum großen Teil in kommunaler Hand.

Frau Terheggen (Nordfriesland) stimmt dem mit der Forderung zu, Kommunalisierung zu nutzen. Man könne nicht immer auf die Politik warten, man müsse selbst anfangen und mit den regionalen Vertragspartnern gemeinsame Ziele und Projekte entwickeln. Es brauche Haltung und Mut, um etwas zu verändern.

Herr Mitzloff (Büro des Landesbeauftragten) stimmt dem zu und betont die Handlungsmöglichkeiten einer jeden Person. Jeder könne im eigenen Handlungsbereich Verantwortung übernehmen und so einen entscheidenden Beitrag leisten.

Herr Deister (Klinikum Itzehoe) betont außerdem, dass nicht mehr Geld, sondern eine sinnvollere Verteilung des Geldes notwendig wäre.

Gemeinsame Ziele zwischen Leistungsträgern und –erbringern vereinfachen Strukturen und



v.l.n.r. Dirk Mitzloff, Christian Sach, Thomas Bartels

vermeiden viele Reibungsverluste. Ein langfristiges systemisches Umdenken hin zu präventiven Maßnahmen könnte langfristig zusätzlich Geld sparen.

Wiederholt spricht Herr Bartels (AGH) bestehende Etikettierungen und Vorurteile in der Gesellschaft gegenüber Menschen mit psychischen Herausforderungen an, die zusätzliche Herausforderungen für die Betroffenen darstellen. Herr Meyer (SSW) nimmt die Anmerkung zum Anlass, zu betonen, dass Parteien auch meinungsbildend wirken müssen. Dieser Auftrag stehe im Parteiengesetz, werde aber viel zu stark vernachlässigt.

Zurecht stellt Herr Sach (AGH) die Frage, wie es nun weitergehen könnte. Da sich im Grund alle einig seien, wäre es nur schlüssig, einen regelmäßigen Austausch zu organisieren. In dem Rahmen halte er es auch für nötig, eine Wertediskussion über das Verhältnis zwischen ökonomischen und humanistischen Werten in der Psychiatrie anzustoßen.

Ausblick



Ulrich Hase, Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung

Der Landesbeauftragte sieht die Resonanz auf den Fachtag positiv. Die starke Nachfrage von ca. 200 Personen, die an dem Fachtag teilnehmen bestätigt, wie wichtig das Thema ist.

Die Anwesenden setzten sich etwa zu gleichen Teilen aus Leistungsträgern, Leistungserbringern und Betroffenen zusammen, wodurch die Ergebnisse und der erneut formulierte Bedarf an einem fortgeführten Austausch in ihrer Bedeutung noch einmal hervorzuheben sind. Entsprechend freut sich der Landesbeauftragte über das von Herrn Morsch (Sozialministerium) geäußerte Bestreben, sich für eine stärkere fachliche Vernetzung einzusetzen.

Darüber hinaus wird der Landesbeauftragte im Gespräch mit dem Sozialministerium erarbeiten, welche Möglichkeiten es zur Umsetzung der Ergebnisse des Fachtages – bspw. zur Etablierung von EX-IN – gibt.

Eine wichtige Erkenntnis des Fachtages ist aus Sicht des Landesbeauftragten, dass alle in die gleiche Kerbe schlagen. Es braucht eine bedarfsgerechte Angebotslandschaft mit den dafür notwendigen Rahmenbedingungen. Er möchte daher alle Anwesenden dazu anregen, die eigenen Handlungsmöglichkeiten zu erforschen und zu nutzen, und zu schauen, mit wem gemeinsame Ziele gefunden oder entwickelt werden können.

Der Landesbeauftragte möchte sich auch auf diesem Weg noch einmal herzlich bei allen Beteiligten bedanken und hofft, gemeinsam mit ihnen durch den Fachtag einen Impuls in die richtige Richtung geben zu können.